

<b><u>Ausschuss:</u></b> Tagungs-Berichtsausschuss	<b><u>Berichterstattung:</u></b> Synodale van Delden
<b><u>Vorlage:</u></b> Kinderarmut	

## **BESCHLUSSVORSCHLAG:**

- Die Landessynode macht sich die im „Bericht zur Kinderarmut“ unter Ziffer IV genannten Forderungen zu Eigen. Als Ergänzung fordern wir für alle Kinder den kostenfreien Besuch Offener Ganztagschulen.
- Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, die Kreissynodalvorstände und die Presbyterien unserer Kirche, sich nachhaltig für den Aufbau von Präventionsketten für Kinder von der Geburt bis zum Ende der Sekundarstufe I in allen westfälischen Kommunen einzusetzen.
- Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, zur Frage nach dem Profil unserer Kirche in einem Ort oder Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf und dem, was es bedeuten würde, der kirchlichen Präsenz in solchen Gemeinden Priorität zu geben, einen Konsultationsprozess anzustoßen.
- Die Landessynode bittet alle Gemeinden und Kirchenkreise, sich nicht aus den Armutsregionen in den Städten und auf dem Land zurückzuziehen. Die in den Kirchengemeinden häufig vorhandene Verengung auf wenige Milieus darf sich nicht weiter verfestigen. Stattdessen erinnern wir uns gegenseitig an unsere besondere Verantwortung für die Armen, die auch besteht, wenn sie nicht Mitglieder unserer Kirche sind.
- Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, bei der Bearbeitung dieser Frage die Ergebnisse der Internationalen Konsultation gegen Kinderarmut und weitere Erfahrungen ökumenischer Partnerinnen und Partner zu berücksichtigen. Der Landessynode soll 2011 ein Zwischenbericht gegeben werden.
- Die Landessynode regt an, in der Evangelischen Kirche von Westfalen das Amt einer oder eines Kinderbeauftragten zu schaffen, die oder der als Ansprechpartnerin oder -partner für die Kinder in der Evangelischen Kirche von Westfalen darauf achtet, dass ihre Rechte und Belange in der Kirche beachtet werden. Wir als Kirche

sind aufgefordert, nicht nur für die betroffenen Kinder, sondern immer auch mit ihnen an der Veränderung ihrer Lebenssituation zu arbeiten.

- Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, sich dafür einzusetzen, dass auf Bundesebene eine Ständige Kinderarmutskonferenz eingerichtet wird.
- Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, den Gemeinden, Kirchenkreisen, Ämtern und Einrichtungen über das von der EU ausgerufene „Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ Informationen zur Verfügung zu stellen.

#### Begründung:

Die Kampagne der Evangelischen Kirche von Westfalen gegen Kinderarmut „Lasst uns nicht hängen“ endete mit dem Schuljahr 2008/2009. Das Thema muss uns weiter beschäftigen. Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für Jugendarbeit unserer Kirche, die mit Engagement und Kompetenz die Kampagne vorbereitet und begleitet haben.

Mit der Taufe eines Kindes übernimmt die Kirche eine Mitverantwortung für dessen weiteren Lebensweg. Ziel muss sein, sich mit Kooperationspartnerinnen und -partnern an der sozialen Präventionskette von der Geburt bis zum Abschluss der Sekundarstufe I zu beteiligen. Wir wollen kein Kind verloren geben.

Damit Kinderarmut in unserer Gesellschaft nachhaltig bekämpft und das Phänomen der Vererbung von Armut und Bildungsbenachteiligung überwunden werden kann, fordert die Landessynode den Aufbau von Präventionsketten in den Kommunen für Kinder von der Geburt bis zum Ende der Sekundarstufe I. Dabei ist es unabdingbar, dass alle Akteurinnen und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe, der formalen Bildung, des Gesundheitswesens und der familienbezogenen Einrichtungen miteinander vernetzt arbeiten.

Hierdurch wird es möglich, Konzepte zu entwickeln, die sich nicht ausschließlich auf die materielle Hilfe konzentrieren, sondern auch die sozialen und kulturellen Rechte sowie die emotionalen Bedürfnisse von Kindern in den Blick nehmen.

Kinder in Armutssituationen brauchen unsere umfassende Solidarität und Hilfe. An vielen Stellen werden bereits Hilfen angeboten: z.B. Suppenküchen, Tafeln, Kleider- und Schulmittelkammern. Die Landessynode dankt allen, die sich in diesen Bereichen engagieren.

So deutlich wir uns der Verantwortung für die Kinder in Armut stellen wollen, so klar erinnern wir den Staat daran, die Nöte und Benachteiligungen der Kinder endlich wahrzunehmen und darauf entsprechend zu reagieren. Kirche und ihre Diakonie können durch Hilfsangebote eklatante Gerechtigkeitslücken und staatliches Versagen nicht kompensieren.

Die Intentionen und die Ergebnisse der Kampagne gegen Kinderarmut sollen in der Weiterentwicklung des Projektes „Mit Kindern neu anfangen“ und im Einsatz der Evangelischen Kirche von Westfalen für mehr Gerechtigkeit in unserem Bildungssystem aufgenommen werden. Die besondere Herausforderung für die Evangelische Kirche von Westfalen liegt darin, die Arbeit in den Kirchenkreisen und Kirchengemeinden mehr von den Kindern her zu denken und zu organisieren.

Die Internationale Konsultation zum Thema Kinderarmut hat uns vor Augen geführt, dass die Bekämpfung von Armut nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn wir nicht nur für die betroffenen Kinder, sondern immer auch mit ihnen an der Veränderung ihrer Lebenssituation arbeiten. „Nothing about us without us is for us“ (aus dem Grußwort von Rev. Martin Johnstone auf der Landessynode 2009). Wir wollen die Kinder unterstützen, sich selbst so zu sehen, wie Gott sie sieht: als geliebte und mit guten Gaben und Fähigkeiten ausgestattete Menschen.

Wir wollen mehr als bisher auf sie hören, ihre Wünsche und Geschichten, ihre Äußerungen und Hoffnungen ernst nehmen und unsere gemeinsame Arbeit daran ausrichten.

Wir haben von unseren ökumenischen Partnerinnen und Partnern überzeugende Beispiele neuer Konzepte für Kirchengemeinden in von Armut besonders geprägten Stadtteilen gehört. Dies bestärkt uns darin, zum Thema Armut/Kinderarmut im Anschluss an die westfälische Kampagne insbesondere die folgenden Fragen weiter zu bearbeiten: Mit welchem Profil will unsere Kirche in einem Ort oder Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Kirche sein? Was würde es bedeuten, wenn die Evangelische Kirche von Westfalen kirchlicher Präsenz in solchen Gemeinden Priorität gäbe?